

Aufenthaltsrecht und Duldung offen stehen. Es müssen ernsthafte Überlegungen zur Legalisierung bestimmter Gruppen und einzelner Personen in der Illegalität angestellt werden. Dabei sind die Erfahrungen anderer europäischer Länder einzubeziehen.

Netzwerk FrauenZeiten: Plädoyer für ein neues Arbeitszeitmanagement

(Auszug)

Mit der zwischen Bundeskanzler Schröder, Wirtschaftsminister Müller und den Unternehmerverbänden ausgehandelten Vereinbarung zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft (vom 2. Juli d. J.) ist das im Koalitionsvertrag avisierte Gesetz zur Gleichstellung von Frauen in der privaten Wirtschaft zunächst vom Tisch. Die Verbände versprechen zwar, ihren Mitgliedern frauenfreundliche Maßnahmen zu empfehlen, bindend sind diese Empfehlungen jedoch nicht.

Das 1998 gegründete „Netzwerk FrauenZeiten“ (www.frauenzeiten.de) tritt für eine Neuregelung des Arbeitszeitmanagements für Frauen ein. Eine Autorinnengruppe dieses „Netzwerks“ legte Anfang Juli ein „Plädoyer für ein neues Arbeitszeitmanagement“ vor. Es dient als inhaltliche Grundlage einer Veranstaltungsreihe „Frauen-Bündnis für Arbeit“, die am 14. September in Berlin beginnt. Vertreterinnen aus Politik (Christine Bergmann, Claudia Roth), Gewerkschaften (Margret Mönig-Raane), Wissenschaft (Maria-Eleonora Karsten) und Unternehmen (Britta Steilmann) werden gemeinsam mit dem Netzwerk über neue Impulse der Arbeitsmarktpolitik aus frauenpolitischer Perspektive beraten.

Aus dem „Plädoyer“ dokumentieren wir nachfolgend die „Eckpunkte für eine neue arbeitsmarktpolitische Initiative“. – D. Red.

Es bedarf neuer (Arbeits-)zeitmodelle, sowohl für einzelne Lebensphasen mit unterschiedlichen Zeitbudgets als auch für die gesamte Dauer eines Erwerbslebens. Frauen wie Männer müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben mit oder ohne Familie mit Erwerbstätigkeit sowie mit Bildung und Weiterbildung synchronisieren zu können. Bei der Frage der Zeitverteilung bzw. der Umverteilung von Zeit handelt es sich um eine Machtfrage. Um das oben skizzierte Ziel einer (geschlechter-)gerechten Zeitverteilung zu erreichen, sind unterschiedliche Strategien zu entwickeln. Insgesamt geht es darum, Zeit in den verschiedenen Bereichen auf das jeweils in diesen Bereichen unterrepräsentierte Geschlecht umzuverteilen bzw. abzugeben: mehr Erwerbsarbeitszeit für Frauen, mehr Bildungszeit für Frauen und Männer, mehr Kinderbetreuungs- und Familienzeit für Männer, mehr Pflegezeit für Männer. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Ausgangsbedingungen zwischen Stadt und Land, z.B. im Bereich der Pfl egetätigkeiten, sowie zwischen den Regionen und erst recht einzelnen Ländern verschieden sind. Zeitgestaltung und – Verteilung ist eine Schlüsselfrage. Sie ist insbesondere ein Schlüssel für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen und Zukunftsfähigkeit.

- Die Regelarbeitszeit für eine existenzsichernde Beschäftigung muss verkürzt werden!
- Als „Rechengröße“ halten wir eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 30 Stunden für ein richtiges Ziel.
- Die verbleibende Arbeitszeit muss einer klaren Rhythmik folgen bzw. über längere Fristen im voraus planbar sein.
- Eine an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierte flexible Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitszeit muss gewährleistet sein, neue Modelle für Zeitsouveränität auch bei der Wochenarbeitszeit sind einzuführen.
- Es muss ein sozial gestaffelter Lohnausgleich erfolgen.
- Arbeitszeitkonten mit verschiedenen Modulen wie Bildung und Weiterbildung oder wechselnde private Lebensphasen müssen konzipiert und in kontinuierliche Erwerbsabläufe integriert werden.

- Die Arbeitszeitverkürzung muss von staatlicher Seite flankiert werden, inklusive einer Reduzierung der nach Arbeitszeitgesetz zulässigen Höchstarbeitszeiten. So muss gewährleistet werden, dass es wirklich zu Neueinstellungen anstelle einer ständigen Leistungsverdichtung kommt.

- Die Initiative auf dem Arbeitsmarkt muss von einer Reform des Kinderbetreuungssystems (vor allem für Kinder unter drei und über sechs Jahren) und einer Umstellung auf Ganztagschule begleitet sein. Es darf auf dem Arbeitsmarkt nicht länger ein Nachteil sein, Kinder zu haben.

- Die im Steuer- und Versicherungssystem gegebenen Anreize für die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit zwischen den Ehepartnern bis hin zur Nichterwerbstätigkeit der Frauen (Ehegattensplitting, Subventionierung der geringfügigen Beschäftigung, kostenfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung, Hinterbliebenenrente) müssen beseitigt werden.

- Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss auch auf dem Arbeitsmarkt verwirklicht werden – eine dynamische und leistungsfähige Arbeitsgesellschaft, die auf einem schnellen „burn out“ ihrer LeistungsträgerInnen basiert, hat keinen langen Atem für eine erfolgreiche Zukunft!

Erklärung des Parteivorstandes der PDS vom 2. Juli 2001 zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

(Wortlaut)

Kein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat die Deutschen und vor allem die Berlinerinnen und Berliner in Ost und West so traumatisch begleitet wie der Bau der Mauer am 13. August 1961. Die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vollzogene Teilung Deutschlands wurde wortwörtlich zementiert. Das inhumane Grenzregime, die Toten an der Mauer und den anderen Westgrenzen, wurde zum Kainsmal der DDR und des Ostblocks. Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 fand die Blockkonfrontation ihr Ende, wurde das Tor zur deutschen Einigung und zur Überwindung der bipolaren Nachkriegsordnung aufgestoßen.

Zu Recht werden wir in diesen Tagen nach unserem Verhältnis zum 13. August 1961 und zum 17. Juni 1953 gefragt. So wie wir vor einigen Wochen nach unserer heutigen Position zur Vereinigung von KPD und SPD im Jahr 1946 gefragt wurden.

Die Geschichtsdebatte begleitet die PDS seit ihrem Bruch mit der SED im Dezember 1989. An unseren Antworten zu Fragen der Geschichte wollen und sollen die Menschen ersehen, inwieweit wir uns von der SED-Vergangenheit gelöst haben und zu einer kritisch mit der eigenen Geschichte umgehenden, demokratisch und rechtsstaatlich verlässlichen Partei entwickelt haben.

Geschichtsdebatten dürfen keine kurzatmigen Manöver zum parteitaktischen Vorteil sein. Die immer wieder an die PDS herangetragene Aufforderung zur Entschuldigung für das von der SED begangene Unrecht verfolgt allerdings genau dieses taktische Kalkül: indem sich die PDS entschuldigte, bezeugte sie ihre vermeintliche Kontinuität als SED – indem sie es nicht täte, um so mehr.

Tatsächlich geht es einerseits um die historische Aufarbeitung und andererseits um die deutliche politische Wertung aufgrund heutiger Erfahrungen und Erkenntnisse. Dabei fallen Biographien, historische Erklärung und politische Wertung nie unmittelbar zusammen.

Den 13. August 1961 aus der Geschichte zu erklären, darf nicht heißen, die Mauer politisch oder moralisch zu rechtfertigen

Der Parteivorstand hat mit Interesse die Thesen der Historischen Kommission aus Anlass des 40. Jahrestages des 13. August 1961 zur Kenntnis genommen.

Darin werden sehr detailliert historische Umstände und Folgen des Mauerbaus dargestellt. Die Schließung der Sektorengrenze zu West-Berlin am 13. August 1961 lag in der Logik der damaligen weltpolitischen Entwicklungen. Die Mauer war die Antwort auf den drohenden Exodus der DDR und entsprach dem in der Berlin-Krise gefundenen Arrangement der Großmächte